

Die Oberschule kommt

Gegen erbitterten Widerstand der Opposition beschließt Schwarz-Gelb die Reform

HANNOVER (hab/dpa) ■ Vor dem Landtag gab es Protestaktionen, im Parlament lieferten sich Regierung und Opposition noch einmal einen heftigen Schlagabtausch: Die endgültige Entscheidung über die Einführung der Oberschule erhitze gestern die Gemüter. Doch nun steht fest: Das neue Schulmodell kommt.

Kultusminister Bernd Althusmann (CDU) und Sprecher der Regierungsfractionen rechtfertigten die neue Schulform, die auf Dauer Hauptschulen und Realschulen ersetzen soll, aber auch ein gymnasiales Angebot bis zur Klasse 10 aufweisen kann. Althusmann betonte, angesichts stark rückläufiger Schülerzahlen bedeute die Oberschule eine passgenaue Lösung gerade im ländlichen Raum. Damit könne ein wohnortnahes und qualitätsvolles Bildungsangebot sichergestellt werden.

Die neue Schulform soll vor allem das Unterrichtsangebot von Haupt- und Realschulen bündeln - entgegen der ursprünglichen Planung

wird es aber nicht möglich sein, dort das Abitur zu machen. Ein Grund für Althusmanns erstes großes Bildungsprojekt nach rund einem Jahr im Amt: Statistiker erwarten weiter sinkende Schülerzahlen. Im laufenden Schuljahr drücken landesweit noch rund 1,21 Millionen Jungen und Mädchen die Bänke der allgemeinbildenden und beruflichen

■ Aufgeheizte ■ Debatte

Schulen. Dies sind 1,3 Prozent weniger als im Vorjahr und knapp drei Prozent weniger als 2008/2009. Der Rückgang liegt geringfügig unter dem Bundesschnitt, dürfte aber anhalten.

In aufgeheizter Debatte sprachen sich gestern beide politischen Lager die Kompetenz ab, in der Schulpolitik die Weichen richtig stellen zu können - und gerieten sich schon wegen formeller Dinge in die Haare, ehe der erste Redner das Pult überhaupt erreicht hatte.

„Die Oberschule ist die richtige Antwort zur richtigen Zeit“, sagte Kultusminister Althusmann. Die Schulform schaffe bessere Chancen für Schüler, die nicht auf dem Gymnasium starteten. Eltern wollten kleinere Klassen, dem trage die Oberschule Rechnung. Die neue Schulform sei einerseits berufsorientiert, ermögliche Schülern aber zugleich einen späteren Wechsel auf ein Gymnasium oder Berufsgymnasium. „Bitte hören sie auf, den Eltern einzureden, dass der Weg der Glückseligkeit einzig und allein in der Gesamtschule liegt“, sagte der Minister an die Adresse der Opposition. Beim Vergleichstest Pisa habe das Bremer Schulsystem mit Gesamtschulen und Gymnasien mit einem Abitur nach 13 Jahren schlecht abgeschnitten. „Wo liegt denn Bremen, an letzter Stelle, dass kann doch nicht das Schulmodell für Niedersachsen sein.“

Wie Althusmann versicherten auch die Schullehrer Karl-Heinz Klare (CDU) und Björn Försterling (FDP),

dass die Koalition sich mit der Hinwendung zu einem Zwei-Säulen-System stark in Richtung eines Schulkonsenses bewegt habe. SPD, Grüne und Linke seien jedoch nicht zu einem Kompromiss bereit gewesen und hätten mit „störrischer Arroganz“ an einem Durchbruch für die Integrierte Gesamtschule (IGS) festgehalten. Försterling erklärte, ein Großteil der

■ „Hass auf die ■ Gesamtschule“

Eltern sei die endlose Diskussion über Schulstrukturen leid. Im Mittelpunkt müsse künftig die Verbesserung der Qualität stehen.

Die Opposition wies die Vorwürfe scharf zurück und machte ihrerseits die Regierung für die gescheiterte Einigung verantwortlich. „In ihrem Gesamtschulhass sind CDU und FDP zu einem Schulfrieden nicht in der Lage“, wetterte die Grünen-Politikerin Ina Korter. Ein Konsens wäre machbar gewesen, wenn sich die Regierung auf

ein Konstrukt mit Gymnasium und IGS eingelassen hätte. SPD-Fraktionsvize Frauke Heiligenstadt sagte, CDU und FDP sei es mit der Oberschule nur darum gegangen, der ungeliebten IGS ein Alternativmodell vor die Nase zu setzen. Vernünftig wäre es jedoch gewesen, den Elternwillen pro Gesamtschule als gleichberechtigt zu behandeln. Dem wolle die SPD nach der Wahl 2013 Rechnung tragen. Die Linken-Abgeordnete Christa Reichwaldt nannte die Oberschule pädagogisch überflüssig, sozial ungerecht und zudem rechtswidrig.

Auch Verbände übten heftige Kritik. Der Realschullehrerverband sprach von einem „Flop“, Städtetagspräsident Frank Klingebiel (CDU) zeigte sich verärgert über nicht gesenkte Hürden für neue Gesamtschulen, und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) deutete an, die Frage der Schulstruktur könne nun zu einem zentralen Thema im Kommunal- und Landtagswahlkampf werden.